

Zürich

Parlament will keinen «Demokratie-Palast»

Kantonsrat Die grosse Mehrheit findet, eine Renovation des alten Rathauses am Limmatquai genüge, um die Mängel des Gebäudes zu beheben. Sie lehnt wie die Regierung einen ambitionierten Neubau ab.

Thomas Schraner

Die hochfliegenden Pläne der Motionäre sind gescheitert: Mit 113 gegen 54 Stimmen lehnte es der Kantonsrat gestern ab, dem Regierungsrat den Auftrag zu erteilen, ein neues «Haus der Demokratie» zu planen. Dort sollte künftig der Kantonsrat tagen. Die Mehrheit zieht es vor, die Sitzungen weiterhin im altherwürdigen Rathaus an der Limmat abzuhalten – trotz baulichen und betrieblichen Mängeln. Eine umfassende Renovation genüge, fanden SVP, FDP, GLP, CVP, AL, EDU und die Hälfte der Grünen. Dieser Ansicht ist auch der Re-

gierungsrat. Gegen diese Übermacht hatten SP und EVP, welche die Motion lanciert hatten, keine Chance, auch wenn ihnen ein Dutzend Grüne halfen.

Eine «Rumpelkammer»

Andrew Katumba (SP, Zürich) und Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) legten sich kräftig ins Zeug für ihre Idee. Das Rathaus sei eine «alte, niedliche Schachtel», die sich für den Parlamentsbetrieb nicht mehr eigne, sagte Katumba. Es wirke auf Besucher abschreckend, sei unpraktisch und gefährlich im Brandfall. Hugentobler titulierte das Rathaus als «denkmalge-

schützte Rumpelkammer». Eine Ertüchtigung der Demokratie tue not. Es brauche dazu ein neues Haus mit Besucherzentrum, grosszügigen Arbeitsplätzen und Sitzungszimmern. Sicherheitstechnisch erfülle das Gebäude die Anforderungen längst nicht mehr. «Eng und stickig» sei es im Rathaus, fand Esther Guyer (Grüne, Zürich) und verwies auf den Stuttgarter Landtag als Vorbild. Der Kanton Zürich könne sich so was leisten. Als idealen Standort nannte sie das Globus-Proporzium.

«Das ist purer Hochmut auf Kosten der Steuerzahler», sagte Pierre Dalcher (SVP, Schlieren).

Die Regierung habe recht, wenn sie sage, dass eine Sanierung des Rathauses genüge. Das Rathaus könne man gemeinsam mit dem Haus zum Rechberg nutzen. Auch für Sonja Rueff (FDP, Zürich) reicht eine Sanierung aus. «Wir brauchen kein pompöses Haus für unser Milizsystem.» Ähnlich tönte es bei Benno Scherrer (GLP, Uster). Das Rathaus solle besser seine Funktion behalten, statt in ein Museum umfunktioniert zu werden. Für Yvonne Bürgin (CVP, Rüti) spricht aus der Motion «Übermut und Eitelkeit». Ein so teures Vorhaben könne man den Steuerzahlern nicht erklären.

Auch Markus Bischoff (AL, Zürich) stempfte das Grossvorhaben in Grund und Boden. Er verglich es mit dem Palast der Republik aus DDR-Zeiten. Nur unsichere Staaten hätten es nötig, mit Gebäuden aufzutrupfen. Das Parlament werde nicht anders, wenn jeder Kantonsrat Platz habe für zwei Laptops. «Wir ziehen dieses Rathaus einem aufgeblasenen Tempel der Demokratie vor», sagte Bischoff – und erntete Applaus von der SVP.

So oder so Provisorium

Vor der Abstimmung orientierte Baudirektor Martin Neukom (Grüne) über das weitere Vorge-

hen. So oder so werde das Rathaus saniert, und zwar zusammen mit der Rathausbrücke in den Jahren 2023 bis 2026. Wegen der Immissionen brauche man für den Kantonsrat ein Provisorium für diese Zeit. Es werde sicher mehr als nur eine Pinselrenovation geben. Lüftung, Brandschutz und flexible Nutzung ständen im Zentrum. Hier könne man einiges verbessern. «Mehr Platz schaffen ist aber unmöglich.» Ein Neubau, wie ihn die Motionäre fordern, würde laut Neukom einen grösseren dreistelligen Millionenbetrag kosten und mindestens zehn Jahre Zeit brauchen.

Klimaaktivisten besetzen Bankeneingang am Paradeplatz

Zürich Klimaaktivisten haben gestern Morgen kurz nach 6.30 Uhr mehrere Eingänge der Grossbank Credit Suisse am Zürcher Paradeplatz blockiert. Sie errichteten Sitzblockaden und versperrten den Zugang teils mit Velos und Pflanzenkübeln. Die Räumung durch die Polizei verlief friedlich.

In Zürich waren rund 70 Aktivisten und Aktivistinnen vor Ort. Sie hatten sich teilweise aneinander und an die Türen gekettet. Die Polizei begann gegen 9.30 Uhr mit der Räumung des Haupteingangs.

Aktivisten weggetragen

Die Aktivisten leisteten passiv Widerstand und mussten weggetragen werden. Die Stadtpolizei Zürich nahm 64 Personen – 30 Frauen und 34 Männer – fest, wie sie gestern mitteilte.

Die Demonstrierenden fordern vom Schweizer Finanzplatz den sofortigen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas. Sie beschuldigen die Schweizer Grossbanken, klimaschädliche Aktionen zu finanzieren. Der Tramverkehr am Paradeplatz war teilweise eingeschränkt. In Basel lief eine ähnliche Aktion vor der UBS. (sda)



Stadtpolizisten und Aktivisten der Organisation Climate Justice vor einem Eingang der Credit Suisse. Foto: Keystone

Die Mehrheit im Kantonsrat akzeptiert nächtlichen Fluglärm

Kantonsrat Mitte-rechts-Allianz verhindert, dass der Regierungsrat am Flughafen Massnahmen einleiten muss.

Die Zahl der nächtlichen Starts und Landungen auf dem Flughafen Zürich hat zugenommen. Planmässige Flüge sind bis 23 Uhr erlaubt; Verspätungen dürfen bis 23.30 Uhr abgebaut werden. Es gebe aber so viele Slots (Zeitfenster für Starts und Landungen) kurz vor der Nachtsperre, dass Verspätungen vorprogrammiert seien, sagte Daniel Heierli (Grüne, Zürich) gestern im Kantonsrat.

Wie stark die Zahl der Starts und Landungen zwischen 23 und 23.30 Uhr in Kloten anwuchs, ergab eine Nachfrage dieser Zeitung: Im Jahr 2014 waren es laut Flughafensprecherin Sonja Zöchling noch 2091 solche nächtlichen Flüge, zwei Jahre später bereits 2317. Im vergangenen Jahr schnellte die Zahl auf 2795 Flüge in der halben Stunde ab 23 Uhr hoch. Dabei seien die Slot-Eckwerte seit Jahren unverändert, so Zöchling.

Per Postulat wollten die Grünen den Regierungsrat auffordern, Massnahmen gegen die Zunahme der nächtlichen Starts und Landungen einzuleiten. «Verspätungen dürfen nicht die Regel werden», sagte Heierli. Unterstützung erhielt er von der SP, der GLP und der AL.

Zahl der Slots vom Bundesamt eingefroren

Von den Flügen in der Nacht und frühmorgens gehe für die Bevölkerung die grösste Belastung aus, sagte Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen). Deshalb habe das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) angeordnet, die Zahl der Slots auf dem heutigen Stand einzufrieren. Dennoch habe der Flughafen danach zusätzliche Slots beantragt. Sie betreffen den Zeitraum von 22 bis 22.20 Uhr.

«2010 trat die Nachtsperre in Kraft. In der Realität wird

weiterhin oder sogar noch mehr nach 23 Uhr gestartet», hielt Ruedi Lais (SP, Wallisellen) fest – und wandte sich direkt an Volkswirtschaftsdirktorin Carmen Walker Späh (FDP): «Warum winken Sie ein derart löchriges Betriebsreglement einfach durch?»

Die angesprochene Regierungspräsidentin verwies darauf, dass Verspätungsabbau bis 23.30 Uhr rechtens sei. Sie sei aber in Kontakt mit dem Flughafen, dem Bazl und der Flugsicherung Skyguide, um den Verspätungsabbau nach 23 Uhr einzuschränken. «Das ist der Weg, den ich mit oder ohne Postulat weiterverfolgen werde.»

Im Übrigen sei die Situation anders als vor zwei Jahren, als Heierli sein Postulat einreichte. Inzwischen hat der Flughafen ein neues Gebührenreglement, das als Anreiz für Verspätungsabbau gedacht ist: «Bei Verspätungen

sind höhere Gebühren fällig», erklärte Walker Späh.

Das Bazl hat dieses Lärmgebührenmodell Anfang Juni genehmigt. Es sieht allerdings Rabatt für stark frequentierte, spätabendliche Langstreckenflüge vor. So soll die Swiss gemäss Bazl von Wettbewerbsnachteilen verschont werden. Zudem gelte es, die Funktion des Flughafens Zürich als Umsteigeflughafen (Hub) zu sichern.

«Späte Abflüge sind hub- und systemrelevant»

Ähnlich argumentierte Christian Lucek (SVP, Dänikon): «Die späten Abflüge sind hub- und systemrelevant.» Zudem habe die Swiss Milliarden in die Langstreckenflüge investiert. «Uns stören doch nur die Flugzeuge, in denen wir nicht selber sitzen», fügte Ruth Ackermann (CVP, Zürich) an. Weil auch die EVP mit der

rechten Ratsseite stimmte, bildete diese die Mehrheit – und lehnte das Postulat der Grünen ab. «Für Verspätungen gibt es viele Gründe», sagte Daniel Sommer (EVP, Affoltern). Es liege keine missbräuchliche Kapazitätserweiterung des Flughafens vor.

Um die Pünktlichkeit auf dem Flughafen zu verbessern, wurden in den letzten Monaten laut Zöchling diverse kleinere Massnahmen umgesetzt. Auch die neu gebauten Zugangs- und Schnellabrollwege sollen dazu beitragen. Die griffigeren grösseren Massnahmen seien aber blockiert: Gegen die Entflechtung der An- und Abflugrouten gemäss Ostkonzept sträubt sich Deutschland seit Jahren; und das neue Bisenkonzept mit Südstarts geradeaus ist noch im Bewilligungsverfahren.

Matthias Scharrer

Verlorene Kinder und viele Drohnen

Züri-Fäscht Sämtliche Dienstabteilungen des Stadtzürcher Sicherheitsdepartements ziehen eine positive Schlussbilanz zum Züri-Fäscht. Für Aufregung sorgten am Sonntag vorübergehend ein halbes Dutzend Kinder, die im Trubel ihre Eltern verloren hatten. Alle seien wieder mit den Eltern vereint worden, teilt das Sicherheitsdepartement mit. Kurz vor Festende wurde die Angestellte eines Schiessstandes am Utoquai durch eine Unachtsamkeit von einem Projektil eines Luftgewehrs leicht an der Hand verletzt.

Private Drohnen, die über dem Festgelände eingesetzt wurden, beschäftigten die Stadtpolizei besonders am Samstag. Es wurden mehrere Dutzend Drohnen gesichtet. Vereinzelt konnten die Piloten kontrolliert werden. Verzeigungen werden geprüft. Die Stadtpolizei prüft für kommende Grossanlässe Massnahmen.

Prellungen, Schürfungen und zu viel Alkohol

An den Sanitätsposten wurden 659 Patientinnen und Patienten medizinisch behandelt – 99 mehr als 2016. In den meisten Fällen handelte es sich um Schürfungen und Schnittwunden (238), Prellungen und Stauungen (116) sowie Blasen oder Insektenstiche (69). 27 Personen mussten wegen Kreislaufproblemen medizinisch versorgt werden. In 67 Fällen wurden die Patienten hospitalisiert (79 Einweisungen in 2016). Schwere Verletzungen gab es wenige. Gravierend waren die Behandlungen infolge gewalttätiger Auseinandersetzungen, bei welchen es zu Stichverletzungen und in zwei Fällen zu einem Schädel-Hirn-Trauma kam. Es gab auch 100 Behandlungen wegen übermässigen Alkoholkonsums. 36 Personen (22 in 2016) wurden zur Ausnüchterung an Schutz & Rettung übergeben.

Der Sprungturm neben der Quaibrücke, der für die Darbietungen der Wasserspringer am Züri-Fäscht genutzt wird, bleibt noch bis Ende der Sommerferien stehen. Er ist ab 12. Juli in der Regel täglich von 12 bis 20 Uhr geöffnet – je nach Wetter. Das Sportamt übernimmt mit dem Seebad Utoquai die Aufsicht. Eine blaue Flagge signalisiert, dass der Turm geöffnet ist. (sda)